

Laibacher Zeitung



Pränumerationspreis: Mit Postverendung: ganzjährig 36 K., halbjährig 18 K. Im Kontor: ganzjährig 28 K., halbjährig 14 K. Für die Zustellung ins Haus monatlich 50 h. — **Insertionsgebühr:** für die viermal gefaltete Millimeterzeile 7 h., für die dreimal gefaltete Reklamezeile 12 h., für Ausnahmen im redaktionellen Teile 30 h für den Raum einer Millimeterzeile.

Die „Laibacher Zeitung“ erscheint täglich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage. Die Administration befindet sich Miklosichstraße Nr. 16, ebenerdig; die Redaktion Miklosichstraße Nr. 16, 1. Stod. Sprechstunden der Redaktion von 8 bis 10 Uhr vormittags. Unfrankierte Briefe werden nicht angenommen. Manuskripte nicht zurückgestellt.

Telephon-Nr. der Redaktion 52.

Amtlicher Teil.

Nach dem Amtsblatte zur „Wiener Zeitung“ vom 27. und 28. September 1918 (Nr. 222 und 223) wurde die Weiterverbreitung folgender Preßzeugnisse verboten:

Nummern 206 und 209 „Östdeutsche Rundschau“ vom 10. und 13. September 1918.

Nummer 37 „Das Neueste im Bilde“ vom 12. September 1918.

Nummer 50 „Reclams Universalium“ vom 12. September 1918.

Nummer 13 „Ozasopismo związku urzedników kolejowych w Galicyi“ vom 15. September 1918.

Nummer 4359 „Gazeta wieczorna“ vom 15. September 1918.

Nummer 211 (1005) „Ukrainskie Slowo“ vom 15ten September 1918.

Nummer 3 „Zelaznychnyk“ vom 15. September 1918.

Nummer 1995 „Montags-Zeitung“ vom 16. September 1918.

Nummer 1906 „Wiener Montags-Journal“ vom 16ten September 1918.

Nummer 677, Band XXVI, „Die Muskete“ vom 19ten September 1918.

Nummer 24 „Währinger Bezirksnachrichten“ vom 19. September 1918.

Nummer 27 „Zámy Železničního Zřizence“ vom 20. September 1918.

Nummer 12 „Nové Proudý“ vom 21. September 1918.

Nummern 16—17 „Les Annales des Nationalités“, Imprimerie du Léman, Lausanne 1918.

Band 1 „Magimilian Garden — Krieg und Frieden“, Berlin, Erich Reiß Verlag, 1918.

Den 28. September 1918 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das CLXX. Stück des Reichsgeßblattes in deutscher Ausgabe ausgegeben und versendet. Dasselbe enthält unter Nr. 343 die Rundmachung des Ministeriums des Innern im Einvernehmen mit dem Ministerium für Landesverteidigung vom 23. September 1918 wegen Nichtstellung eines Heßlers im Geße vom 13. August 1918, Nr. 344, betreffend die Vergütung von Leistungen für militärische Zwecke; unter Nr. 344 die Verordnung des Amtes für Volksernährung vom 25. September 1918,

betreffend die Einfuhr von lebendem und geschlachtetem Geflügel nach Österreich, und unter Nr. 345 die Verordnung des Finanzministeriums im Einvernehmen mit den beteiligten Ministerien vom 27. September 1918 wegen Berichtigung der Verordnung vom 11. September 1918, Nr. 333, betreffend Zuwendungen an Staatsbedienstete aus Anlaß der durch den Krieg geschaffenen außergewöhnlichen Verhältnisse.

Den 28. September 1918 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das XLVIII. und LXXXI. Stück der rumänischen, das CVI. Stück der polnischen, das XCI. Stück der rumänischen, das CXXXI. Stück der italienischen, das CXXXV. Stück der slowenischen, das CXLVII. und CXLIX. Stück der polnischen sowie das CLX. Stück der slowenischen Ausgabe des Reichsgeßblattes des Jahrganges 1918 ausgegeben und versendet.

Den 30. September 1918 wurde in der Hof- und Staatsdruckerei das CLIII., CLIV., CLVII. und CLIXte Stück der slowenischen Ausgabe des Reichsgeßblattes des Jahrganges 1918 ausgegeben und versendet.

Politische Uebersicht.

Laibach, 1. Oktober.

Aus Wien wird unter dem 30. September gemeldet: Im Finanzausschuß des Abgeordnetenhauses gab Finanzminister Freiherr von Wimmer eine Darlegung der von der Regierung geplanten **Steuermassnahmen** zur Deckung des Fehlbetrages von 1900 Millionen Kronen. Er stellte zunächst fest, daß sich der Abgang in der laufenden Gebarung von 1900 Millionen nur durch zwei Posten erhöhen werde, und zwar um die zweite Rate der Überweisung an die Länder, die im Budget nur mit einer halben Jahresrate eingestellt sind. Hier komme ein Betrag von 70 bis 80 Millionen in Betracht. Die zweite Post betreffe das Erfordernis für die etwa kommende neunte Kriegaanleihe. Dieses Zinsenerfordernis wird ein Mehrerfordernis von beiläufig 300 Millionen ergeben, so daß mit dem Abgang der laufenden Gebarung in der Höhe von 2200 Millionen zu rechnen ist. Doch sei mindestens eine teilweise

Deckung dieser Defiziterhöhung im jetzigen Budget schon dadurch vorhanden, daß die Einnahmen außerordentlich vorsichtig präliminiert seien. Der Minister könne also weiterhin von einem fortlaufenden Abgang von beiläufig zwei Milliarden sprechen. Was die Deckung dieses Mehrerfordernisses betreffe, verweist der Minister zunächst auf die seit Unterbringung des Budgets auf administrativem Wege bereits getroffenen finanziellen Massnahmen, die eine namhafte Erhöhung der Einnahmen involvieren, die aber im Budget noch nicht enthalten sind: Erhöhung der Postgebühren mit einem jährlichen Mehrertrag von 65 Millionen, Erhöhung der Eisenbahngütertarife mit einem jährlichen Mehrertrag von rund 450 Millionen, Erhöhung des Ertrages der Eisenbahnverkehrssteuer um 117 Millionen sowie die Preisbeteiligung des Staates bei den Zündhölzchen mit einem Ertragnis von 16 Millionen. Mit der Zündhölzchensteuer und dem Zolllage in Banknoten ergebe sich insgesamt eine Mehreinnahme von über 700 Millionen jährlich. Die im Reichsrate, teils im Abgeordnetenhaus, teils im Herrenhaus, in Verhandlung stehenden Vorlagen werden einen Betrag von 666½ Millionen ergeben, so daß insgesamt ein Mehrertrag von rund 1400 Millionen zu erwarten sei. Es bleibt also noch ein Abgang von rund 600 Millionen Kronen in der laufenden Gebarung, zu dessen Deckung der Minister etwa in einem Monat eine Reihe von Steuervorlagen vorzulegen hoffe, und zwar eine Erhöhung der Branntweinsteuer, der Biersteuer und der Salzpreise, ferner eine Erhöhung verschiedener kleiner Gebühren, weiters eine Vorlage über die Reform der Verkehrrsteuer sowie eine Vorlage über die Warenumsatzsteuer, die auch eine Luxussteuer in sich begreifen wird. Endlich beabsichtigt die Regierung eine Vorlage über die Einführung einer dauernden Vermögenssteuer dem Hause zu unterbreiten. Sämtliche gekennzeichneten finanziellen Massnahmen würden eine Mehreinnahme von rund zwei Milliarden ergeben. Zur Deckung des

Das Drama von Glosow.

Originalroman von S. Courths-Mahler.

(46. Fortsetzung.) (Nachdruck verboten.)

Der Professor winkte erregt ab.

„Bitte, schweig — und laß mich allein,“ sagte er laut und heftig.

Es lag etwas in seinem Wesen, was sie einschüchterte und zum Schweigen brachte. Ohne ein weiteres Wort ging sie mit einem ganz verflörten Gesicht hinaus.

„Was ist das nun wieder? Man kommt ja in diesem Hause gar nicht mehr zur Ruhe,“ dachte sie.

Michael von Sachau laß, als er allein war, Sannas Brief noch einmal aufmerksam durch.

„Lieber Onkel Michael!

Verzeihe mir, daß ich, ohne dich um Erlaubnis zu bitten und ohne dich vorher benachrichtigt zu haben, dein Haus verlassen habe. Ich mußte gehen und du hättest mir vielleicht die Erlaubnis versagt, trotzdem ich jetzt mündig bin. Du bist in letzter Zeit zuweilen so gut zu mir gewesen — auch heute abends wieder — daß es mir nicht leicht wird, mein Vorhaben auszuführen. Ich hätte es dir gern gebeitet. Aber ich hatte Angst, du würdest mich dann zurückhalten, und das darf nicht sein.

Schon lange stand es bei mir fest, daß ich nach Glosow gehen würde, sobald ich mündig bin, und ich hatte mir meinen Geburtstag festgesetzt, um mein Vorhaben auszuführen. Nicht einen Tag länger, als ich mußte, wollte ich in deinem Hause bleiben, in

dem ich namenlos gelitten und eine trübe, freudlose Jugend genossen habe. Ich weiß jetzt, daß dir die Schrockheit und Strenge gegen mich nicht aus dem Herzen kam, und diese Gewissheit hätte mich vielleicht bestimmt, mich dir anzuvertrauen und dir zu beweisen, wie nötig es ist, daß ich nach Glosow gehe. Aber es ist schwer, da Vertrauen zu fassen, wo man es nicht immer gehabt hat. Ich hatte es zu dir völlig verloren, weil du es zuließest, daß man mir mit jedem Atemzug daraus ein Verbrechen machte, daß ich die Tochter meiner armen Eltern bin und einen Makel mit mir herumzuschleppen muß, an dem ich doch schuldlos bin.

Vielleicht hätte ich aber doch meine Abreise hinausgeschoben, bis ich einmal Gelegenheit gefunden hätte, dich zu überzeugen, daß es besser ist, wenn ich in meine Heimat zurückkehre. Aber da ist noch etwas geschehen, was mir jeden Aufschub unmöglich macht.

Gregor kommt in wenigen Tagen wieder in dein Haus und ich will und kann ihm nicht wieder begegnen. Was ich dir, von Scham und Zorn fast erstarrt, bisher nicht sagen konnte, will ich dir heute in diesem Briefe anvertrauen. An jenem Abend seiner letzten Anwesenheit war Gregor nicht, wie du es verlangt hattest, ins Hotel gegangen, sondern er war heimlich ins Haus zurückgekehrt. In meinem eigenen Zimmer überfiel er mich, hielt mich mit Gewalt in seinen Armen und wollte mich küssen gegen meinen Willen. Gottlob konnte ich mich für einen Moment aus seinen umklammernden Armen befreien und schlug ihm, außer mir vor Angst und Scham, mit der Faust ins Gesicht. So zahlte ich ihm den Schimpf heim, den er mir angetan hatte, und ehe er sich von

dem Schreden erholt hatte, floh ich in meine Zimmer. Ich habe die ganze Nacht, weil du schliefst, bei Friedrich gesessen, weil ich mich nicht mehr in mein Zimmer traute.

Und nun kommt Gregor wieder und ich weiß nicht, was mir von ihm droht. Du bist schwach und leidend und kannst mich nicht vor ihm schützen und Tante Anna wird es auch nicht tun, denn sie will, daß ich Gregors Frau werde. Beide wollen das nur, weil ich reich bin. Ich aber sterbe lieber, als daß ich mich mit Gregor vermähle.

Sagen konnte ich dir das nicht, weil ich mich schämte. Mit dem Schreiben geht das besser, und du weißt nun alles, was mich fortreibt.

Glaube nicht, daß ich aus Leichtfertigkeit aus deinem Hause floh. Ich bin alles andere eher als leichtfertig. Es liegt ein so tiefer tragischer Ernst über meinem Leben, der mich niederdrückt. Auch in Glosow werde ich still und zurückgezogen leben, aber ich werde frei sein und brauche nicht Tante Annas und Gregors Gesellschaft zu ertragen.

Bitte, verzeihe mir, daß ich dich durch mein heimliches Fortgehen kränken mußte — ich konnte nicht anders. Verzeihe mir auch, daß ich so viel Unbequemlichkeiten in dein Leben brachte. Ich konnte ja nichts dafür und hätte dich schon lange von meiner Gegenwart befreit, wenn ich gekonnt hätte. Bitte, laß mir umgehend meine Sachen nachsenden, ich nehme nur das Allernotwendigste mit.

Und nun lebe wohl. Ich wünsche dir von Herzen einen gesunden, friedlichen Lebensabend.

Deine Nichte Sanna.

(Fortsetzung folgt.)

Defizits der laufenden Gehabung soll auch eine Vorlage eingebracht werden, welche eine einmalige Inanspruchnahme des Vermögens vorsieht. Die Anregung nach Einführung einer Vermögenszuwachssteuer werde der Minister verfolgen. Gegenüber einigen Zurufen erklärt der Minister, daß die Umsatzsteuer ganz ausgiebig, ihr Ertragnis aber trotz der letzten Erhöhung nicht sehr hoch sei. Die seit Kriegsbeginn geschaffenen oder geplanten finanziellen Maßnahmen bringen gegenüber der Friedenszeit eine Mehreinnahme von 3200 bis 3500 Millionen jährlich. Nicht eingerechnet sind die einmalige Heranziehung des Vermögens und die Kriegsteuer. In Besprechung der Deckung der vorübergehenden Auslagen verweist der Minister darauf, daß diese Kriegsauslagen bei uns wie in anderen Staaten im Kreditwege befriedigt werden konnten, der tatsächlich einen außerordentlich günstigen Erfolg ergab. Dies beweise der Zwölfmilliardenbetrag der sieben und achten Kriegsanleihe. Zum großen Teile seien die Kriegsausgaben auch durch die Inanspruchnahme der Notenpresse gedeckt worden, eine Erscheinung, die heute in sämtlichen kriegführenden Staaten wahrzunehmen sei. Bedenklich und bedauerlich sei nur die progressive Steigerung der Inanspruchnahme der Notenbank. Der Minister betont die Notwendigkeit der Bekämpfung der Banknoteninflation durch Sparsamkeit bei den militärischen und zivilen Kriegsausgaben, durch die Kriegsanleihen sowie durch die neuen Steuern. Der Minister stellt fest, daß nach Durchführung der geplanten Steuermaßnahmen, zu denen sich wohl weitere Steuermaßnahmen gesellen werden, die Notenpresse um eine stattliche Anzahl Milliarden im Jahre wird weniger beansprucht werden müssen. Der Finanzminister bittet schließlich um ehestige Bewilligung der Steuervorlagen. — Der Ausschuß nahm hierauf die Erhöhung der Grundsteuern unter Festsetzung mit 25 Prozent des Reinertrages an.

Aus Rotterdam wird telegraphiert: Die mit **Gompers** und anderen amerikanischen Arbeiterführern eng verbundene **Arbeiterdemokratie** veröffentlicht nach Neuter eine Erklärung, worin Wilsons Rede vom letzten Freitag bedingungslos unterstützt und gelobt wird, daß Wilsons nochmaliges Betonen der Grundsätze der internationalen Gerechtigkeit eine neue Festigung in die Kämpfe der Arbeiter gebracht habe. „Wir können die von uns erhoffte Zukunft, wenn die Welt durch ihre Taten und nicht durch Proteste sich auf den Boden der Demokratie stellt, um dieses Ziel zu erreichen, kein Kompromiß mit den Autokraten durch Verhandlungen schließen.“

„Berlingske Tidende“ meldet aus Helsingfors: Von alfinnischer Seite geht man mit dem Plane um, die **Königswahl** weiter zu verschieben, damit eine Einigung über Regierungsfragen unter den Parteien erreicht werden kann. Von schwedischer Seite tritt man mit der Forderung hervor, daß die nationale Autonomie in der ursprünglichen Form in die Verfassung eingefügt werden könne. Die schwedische Landtagsgruppe beabsichtigt, diese Forderung zu unterstützen.

König Ferdinand von Bulgarien hat, wie die „Bosnische Zeitung“ erfährt, nicht nur an Kaiser Karl, sondern auch an Kaiser Wilhelm in einem Telegramme seiner unveränderten und unbedingten Bündnistreue Ausdruck gegeben. Über die Lage in Bulgarien wird an unterrichteter Stelle erklärt, daß insoweit eine Klärung eingetreten sei, daß man sagen kann, die bulgarische Niederlage ist im wesentlichen nicht auf Gründe militärischer Natur zurückzuführen. An dem Versagen großer Teile des sonst tapferen Heeres sind die schweren innerpolitischen Parteikämpfe schuld.

Nach in Breslau vorliegenden Meldungen aus Konstantinopel trat unter dem Eindruck der militärischen Lage ein türkischer Ministerrat zusammen, der beschloß, an dem bisherigen Bündnisse mit den Mittelmächten unter allen Umständen festzuhalten. Enver Pascha erklärte in einer Ansprache, daß er in den etwaigen Auseinandersetzungen Bulgariens keine entscheidende Bedeutung für den Ausgang des Krieges erblicken könne. — Neuter verbreitet die Meldung, daß in Konstantinopel bereits Besprechungen stattfinden, deren Ziel wäre, dem Beispiele Bulgariens zu folgen.

Lokal- und Provinzial-Nachrichten.

— (Die Telephonnummern der Landesregierung.) Zur Vermeidung der vielfach vorkommenden irrtümlichen telephonischen Anrufe werden nachstehend die Telephonnummern der Landesregierung bekanntgegeben: Nr. 358: Seine Excellenz der k. k. Landespräsident; Nr. 20: Präsidium; Nr. 128: Dep. I. für Approvisionierungsangelegenheiten (mit Ausnahme von Fleisch); Nr. 177: Dep. I. für Viehverkehr und Fleischversorgung sowie Landeskultur (Depart.-Vorstand k. k. Landesregierungsrat Kresse); Nr. 321: Dep. VIII. für Bau- und Kohlenangelegenheiten; Nr. 5: Ernährungsinspektor des k. k. Amtes für Volksernährung (Oberst Wilhelm Wiener).

— (Kriegsauszeichnung.) Seine Majestät der Kaiser hat dem Oberleutnant Felix Kren des JN 17 „Kronprinz“ für tapferes Verhalten vor dem Feinde das Militärverdienstkreuz dritter Klasse mit der Kriegsdekoration und den Schwertern verliehen.

— (Kriegsblindenfürsorge.) Der Frau Generalstabsarztiengattin Emma Geduldiger hat Frau Hauptmann Anderlik, Oberchwester im k. und k. Garnisonsspital Nr. 8, den Betrag von 20 K und Frau Marie Pinter 50 K für Blinde überwiesen, für welche Spenden den genannten Damen im Namen der Blinden der herzlichste Dank ausgesprochen wird.

— (Allgemeine Auskunftspflicht in Steuerangelegenheiten.) Der Verwaltungsgerichtshof hat eine Entscheidung gefällt, die für alle Staatsbürger von einschneidender Bedeutung und danach geartet ist, im Steueranrufungsverfahren geradezu eine Umwälzung herbeizubringen. Es handelt sich um die Frage der Verpflichtung der Privatperson, über Aufforderung der Steuerbehörde Auskünfte in Steuerangelegenheiten dritter Personen zu geben, und zwar zu einer Zeit, wo gegen diese dritten Personen kein Steuerverfahren eingeleitet worden ist, sondern in einem Zeitpunkt, wo es sich um die Vorbereitung zur Veranlagung handelt. Im gegenständlichen Falle wurde der Vizepräsident der Ersten österr. Zünder- und Metallwaren-A.G. Fridolin Keller in Sirttenberg von der Steuerbehörde in Baden aufgefordert, eine Liste der Lieferanten bekanntzugeben; diese Liste habe außerdem zu enthalten die genaue Menge der gelieferten Materialien, Maschinen usw., die genauen Beträge für diese Lieferungen, wie viel jedem Lieferanten in barem bezahlt, wie viel ihm gutgeschrieben wurde u. dgl. Keller verweigerte diese Bekanntgabe mit der Bemerkung, daß er hiezu nicht verpflichtet sei und daß das Gesetz eine Vorschrift, daß Privatpersonen Auskünfte über dritte Personen in Steuerfachen, u. zw. im vorbereitenden Stadium der Veranlagung, erteilen, nicht kenne. Der Refus wurde von der Finanzlandesdirektion in Wien abgewiesen. Dagegen richtete Keller die Beschwerde an den Verwaltungsgerichtshof. Dieser hat die Beschwerde als unbegründet abgewiesen. In der Begründung hob der Vorsitzende hervor, daß für jedermann die Zeugnispflicht bestehe, daß also diese Pflicht eine allgemeine sei. Von der Steuerbehörde kann von jedermann eine Auskunft in Steuerangelegenheiten verlangt werden; da im Gesetze ein Unterschied zwischen einer Auskunft in einem anhängigen Verfahren und einem anderen Stadium nicht gemacht werde, so kann diese Auskunft in jedem Stadium verlangt werden.

— (Postverkehr mit der Ukraina.) Briefsendungen nach und aus der Ukraina sind auch in polnischer Sprache zulässig.

— (Telegrammverkehr mit Rumänien.) Telegramme nach Rumänien, ausgenommen Dobruza und Bessarabien, sind von nun an unter den für den Telegraphenverkehr allgemein geltenden Beschränkungen zugelassen. Privattelegramme sind nur in offener deutscher, ungarischer oder rumänischer Sprache zulässig. Die Wortgebühr für gewöhnliche Telegramme beträgt 23 h, für Prestelegramme 12 h. Die Mindestgebühr beträgt 1 K. Besondere Angaben einschließlich der Dringlichkeit und bezahlter Antwort sind unzulässig.

— (Amtseinführung des evangelischen Pfarrers.) Unter zahlreicher Beteiligung der evangelischen Gemeinde vollzog sich am verfloffenen Sonntag die Einführung des neu gewählten Pfarrers Dr. Erwin Schneider in der hiesigen Christuskirche. Die würdige Amtshandlung leitete der greise Wiener Superintendent Dr. Otto Schaß, der selbst im Jahre 1866 das Laibacher Pfarramt angetreten und es durch vierzehn Jahre zum dauernden Gedenten vieler Laibacher verwaltet hat; seine weisevollen Worte führten zu dem ergreifenden Augenblicke über, da er und der Weistand leistende Pfarrer von Karlsbad Senior Jeller dem jungen Pfarrer segnend die Hand auflegten. Die Feier wurde durch Goldermanns Cello-Konzert in G-Moll eröffnet; viel trug zu ihrer Verschönerung der Gesang von alten Kirchenliedern durch den evangelischen Kinderchor bei und auf die formschöne, gedankentiefen Antrittspredigt des neuen Pfarrers folgte das Lied von Hilfer „Herr, den ich tief im Herzen trage“, mit bekannter Meisterschaft von Frau Dr. Ambrositsch vorgetragen. Das Presbyterium unter Führung seines altbedienten Kurators Rütting begrüßte unter den Festgästen Herrn Hofrat Ritter von Paschan als Vertreter der Landesregierung, Herrn Bürgermeister Dr. Tabčar, Herrn Admiral Benigni Grafen von Müldenburger als Vertreter des Stationskommandos, ferner die Herren Oberstabsarzt Dr. Lusenberger, Bezirkshauptmann Grafen Giobanelli, Staatsbahnrat Kurfisch u. a. An die Kirchenfeier schloß sich eine Visitation von Kirche und Schule durch den Herrn Superintendenten an. Der Abend vereinigte zahlreiche Gemeindeglieder und Gäste zu einem Familienabend, an dem in zahlreichen Ansprachen das Vertrauen in die Persönlichkeit des Pfarrers Doktor Schneider ausgesprochen wurde.

— (Vom Volksschuldienste.) Der k. k. Bezirksschulrat in Gurkfeld hat an Stelle der krankheitshalber beurlaubten Lehrerin Maria Humek-Perhauz die gewesene Lehrerin in Littai Anna Ocakar zur Supplentin an der Volksschule in Gurkfeld bestellt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Voitsch hat die Supplentin Johanna Klmart zur Supplentin an der Volksschule in Zirknitz, an Stelle der krankheitshalber beurlaubten Lehrerin Maria Ranner die absolvierte Lehramtskandidatin Maria Tome zur Supplentin an der Volksschule in Iggenndorf und an Stelle des in Kriegsdienstleistung stehenden Lehrers Anton Gaspari die absolvierte Lehramtskandidatin Sophie Biboda zur Supplentin an der vorgenannten Volksschule bestellt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Adelsberg hat an Stelle der krankheitshalber beurlaubten Lehrerin Josefina Jencic-Ambrosic die gewesene Supplentin in St. Peter Maria Zigmán zur Supplentin an der Volksschule in Slabina und die bisherige provisorische Lehrerin in Vrbovo Anna Tomšic zur provisorischen Lehrerin an der Volksschule in Prem ernannt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Krainburg hat an Stelle des in Kriegsdienstleistung stehenden Lehrers Florian Gosti die absolvierte Lehramtskandidatin Laurencia Perio zur Supplentin an der Volksschule in Pölland und die Supplentin Franziska Raf zur provisorischen Lehrerin an der Knaben-volksschule in Neumarkt ernannt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Tschernembl hat die Supplentin Albina Mozina zur provisorischen Lehrerin an der Volksschule in Semic ernannt und an Stelle des in dauernden Ruhestand versetzten Oberlehrers Matthias Bartel die definitive Lehrerin Anna Erzín bis auf weiteres mit der interimistischen Leitung der dreiklassigen Volksschule in Semic betraut. — Der k. k. Bezirksschulrat in Rudolfswert hat die gewesene Supplentin in Köpitz Josefina Znanec zur provisorischen Lehrerin an der dreiklassigen Knaben-volksschule in St. Michael bei Rudolfswert ernannt. — Der k. k. Bezirksschulrat in Gottschee hat an Stelle des in aktiver Militärdienstleistung stehenden Lehrers Josef Kofar die absolvierte Lehramtskandidatin Theresia Turf zur Supplentin an der Volksschule in Kohenegg bestellt.

— (Krainische Industrie-Gesellschaft.) In der am 30. v. M. in Wien stattgehabten Verwaltungsratsitzung wurde die Bilanz pro 1917/1918 festgestellt und beschlossen, der für den 9. November l. J. anberaumten Generalversammlung die Verteilung einer Dividende von 10 K pro Aktie vorzuschlagen.

— (Wohnwechsel.) Das dem Herrn Rechtsanwalt Dr. Franz Rapp gehörige Haus Nr. 43 an der St. Petersstraße (gewesene Bierhalle) wurde von den Herren Kaufleuten Thomas und Stephan Mencinger um den Preis von 220.000 K käuflich erworben.

— (Im städtischen Pflanzamt) findet am 10. d. M. von 3 Uhr nachmittags bis 6 Uhr abends eine ordentliche Versteigerung der im Februar 1918 belehnten Wertgegenstände und Effekten statt.

— (Verstorbene in Laibach.) Max Mihelc, Eisenbahndienersohn, 14 Monate; Antonia Prosen, Arbeiterstochter, 2 Jahre; Valentina Kalan, Oberkonduktorstochter, elf Jahre; Gertrud Habic, Private, 82 Jahre; Aloisia Jamsek, Krankenpflegerin, 82 Jahre; Silva Koritnik, Eisenbahnbedienstetentochter, 9 Monate; Franz Culot, Witwe, 4 1/2 Jahre; Johanna Bizjan, Wirtstochter, 16 Jahre; Stephanie Komac, Private, 15 Jahre; Johanna Bernik, Wirtstochter, 24 Jahre; Agnes Gergoric, Kaufmannstochter, 31 Jahre; Maria Augustin, Köchin, 69 Jahre; Marian Stof, Metallbrechersohn, 4 Jahre; Agnes Batjel, Tischlerstochter, 52 Jahre.

Der Krieg.

Telegramme des k. k. Telegraphen-Korrespondenz-Bureaus.

Österreich-Ungarn.

Von den Kriegsschauplätzen.

Wien, 1. Oktober. Amtlich wird verlautbart:

1. Oktober:

An verschiedenen Stellen der albanischen Front örtliche Kämpfe.

Sonst keine besonderen Ereignisse.

Der Chef des Generalstabes.

Abgeordnetenhaus.

Wien, 1. Oktober. Das Abgeordnetenhaus ist heute nach langer Pause wieder zusammengetreten. Saal und Galerie sind dicht gefüllt. Der Präsident eröffnet die Sitzung mit einer Ansprache, worin er ausführt: Die Last, die der ins fünfte Jahr währende Krieg der gesamten Bevölkerung auferlegt, ist fast unerträglich geworden. Die Sehnsucht nach einem endgültigen ehrenvollen Frieden ist eine unermessliche. Die verbündeten

Mittelmächte haben wiederholt ihre Friedensbereitschaft gezeigt, ohne ein entsprechendes Echo zu finden, wenn wir nicht vielleicht in der letzten Rede des Präsidenten der Vereinigten Staaten einen Anstoß zur Einfuhr finden können und wollen. Wir müssen bestrebt sein, dem Kleinmut in unseren Reiben keinen Raum gewinnen zu lassen, wir müssen kaltes Blut bewahren, um der Bevölkerung die schwere Last zu erleichtern. Wir haben keinen Grund, zu verzagen, denn wir sind nicht geschlagen. Die unvergleichlichen Heldentaten unserer Armee schützen uns davor und unsere Fahnen wehen an allen Fronten in Feindesland. Eingedenk unserer Pflicht gegen Volk und Vaterland, müssen wir alle Kräfte zusammenfassen, um endlich zu einem guten Ende zu gelangen. Das kann nur geschehen, wenn wir uns unter Hintanziehung alles Trennenden festgeschließen unter unverbrüchlicher Aufrechterhaltung des Bündnisses mit dem Deutschen Reiche und im Vertrauen zu unserem tapferen Heere zusammenscharen um unseren geliebten Kaiser, der gewiß die schwere der Zeit am meisten von uns allen empfindet.

Der Präsident schloß mit einem dreimaligen Hoch auf Seine Majestät den Kaiser. Das Haus bringt ein dreimaliges begeistertes Hoch auf den Kaiser aus.

Nach Verlesung des Einlaufes ergreift Ministerpräsident Dr. Freiherr von Hussarek das Wort zu folgenden Ausführungen: Eine Betrachtung der gesamten Lage des Staates hat im gegenwärtigen Zeitpunkt von den Ereignissen in Bulgarien ihren Ausgangspunkt zu nehmen. Wie dem hohen Hause bekannt ist, hat sich die Regierung des uns bisher verbündeten Königreiches durch die militärische Lage auf ihrem Kriegsschauplatz veranlaßt gesehen, Verhandlungen wegen eines Waffenstillstandes und eines Friedens anzubahnen. Jener ist bereits abgeschlossen worden. Dadurch ist zweifellos auch für die Monarchie im Südosten eine ernste Lage geschaffen worden, aber ich bin weit davon entfernt, diese Lage als eine kritische bezeichnen zu wollen. Die entsprechenden militärischen Vorkehrungen sind im Verein mit dem Deutschen Reiche umgefaßt umfassend getroffen worden. Sie sind im guten Gange und ich vermag nach Mitteilungen berufener Stellen zu erklären, daß wir alles getan haben, um der weiteren Entwicklung der Dinge auf dem Balkan mit Ruhe entgegenbliden zu dürfen. (Zustimmung links.) Auch an dieser Front stehen unsere Truppen Schulter an Schulter mit den deutschen (Zwischenrufe bei den Czeken.) und wir werden auch dort wieder männlich und in Treue das festgefügte Bündnis, das auch in Zukunft allen Proben des Schicksals unerschütterlich standhalten wird, bestätigen. (Auf bei den Czeken: „Los von Deutschland!“) Unhaltende Zwischenrufe bei den Czeken, Gegenrufe links. Der Präsident ersucht um Ruhe.) Der Ministerpräsident: So wie im Kampfe, werden wir auch am Werke des Friedens Hand in Hand miteinander gehen. (Beifall links. Zwischenrufe bei den Czeken.) Es ist uns einweilen noch nicht gestattet, den Blick aus dem schauerlichen Kampfe empor auf die Zeit zu lenken, da wieder versöhnte Völker sich der Sicherungen ihres Daseins und ihrer Entwicklung erfreuen werden. Der furchtbare Rückschlag, den die Menschheit auf allen Gebieten der geistigen und materiellen Kultur durch die lange Dauer dieser ihr auferlegten Prüfung erlebte, wird immer klarer erkennbar und löst immer nachdrücklicher die Erwägung aus, ob sich nicht Mittel und Wege finden lassen, um die Gegensätze, aus deren Widerstreit der Weltkonflikt hervorgegangen ist, durch eine gerechte Verständigung zwischen den kämpfenden Mächtegruppen auszugleichen. (Unhaltende Zwischenrufe bei den Czeken.) Die Monarchie ist schon seit längerer Zeit der Ansicht, daß angesichts der militärischen und politischen Entwicklung im Weltkriege eine solche Möglichkeit latent vorhanden ist. Ihr mit allen Mitteln zum Durchbruch zu verhelfen, ist nach unserer Meinung ein Gebot der Menschlichkeit und nicht minder der Vernunft. (Zustimmung links.) Österreich-Ungarn hat es darum, unbeirrt durch oft recht ungünstige Auspizien, in Gemeinschaft mit seinen Verbündeten an Versuchen in dieser Richtung nicht fehlen lassen. Einen besonders ersten und nachdrücklichen Schritt solcher Art stellt die Zirkularnote des Ministers des Äußern vom 14ten September dar. Die vernünftigen Grundlagen einer Regelung der internationalen Beziehungen, die die gesamte Menschheit sich im Geiste einer friedlichen und gerechten Sicherung ausreichender Lebensmöglichkeiten für alle Völker und Länder denkt und herbeiseht (Lebhafte Zwischenrufe bei den Czeken.), kann doch wohl nicht vom Brennschwert erwartet werden! (Lebhafte Zwischenrufe bei den Czeken. Zwischenruf des Abg. Lipp. Der Präsident ermahnt den Abg. Lipp. Erneute Zwischenrufe.) Der Ministerpräsident: Der Inhalt einer solchen Regelung muß aus einer solchen Verständigung hervorgehen und selbst die Form der Verständigung darf nicht fehlen, weil ein einseitig aufgezwungener Zustand — möchte er auch an und für sich

zweckmäßig und gerecht sein — als unerträglich empfunden werden und der zurückbleibende Stachel die Stabilität der unter so schweren Opfern erreichten Ordnung immer wieder bedrohen müßte. (Zwischenrufe.) In der Tat hat sich ja in den grundsätzlichen Fragen der künftigen Weltgestaltung ein gewisses Maß von Übereinstimmung gezeigt, insbesondere in der Richtung, daß alle Teile von dem feinerzeitigen Friedensschluß nicht nur eine tatsächliche Beendigung des Kriegszustandes, sondern eine dauernde Sicherung des Friedens verlangen, und zwar einerseits durch Schaffung von Existenzbedingungen für alle Staaten, die den Anlaß oder Vorwand für den Appell an die Welt benehmen, andererseits durch Festlegung einer internationalen Organisation, welche diesen Zustand kontrolliert, ausgestaltet und gegen Störungsversuche, von welcher Seite immer, wirksam schützt. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Czeken. Zwischenrufe des Abg. Soukup.) An diesen gemeinsam anerkannten Grundgedanken anknüpfend, sollte die vom Minister des Äußern vorgeschlagene Aussprache eine Ausgleichung, wie sie in der einen oder der anderen Form der Verlauf des Krieges, allerdings unter unzähligen Leiden für die gesamte Menschheit, schließlich einmal bringen muß, durch ein abgeklärtes, dem ethischen Bewußtsein unserer Zeit vielleicht angemesseneres Verfahren vorbereiten. Die Stunde dafür wird kommen. (Stürmische Unterbrechung bei den Czeken. Lebhafte Zwischenrufe.) Ich sehe der Stunde mit Ruhe und Festigkeit entgegen. (Andauernde Zwischenrufe bei den Czeken. Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.) Haben die von der Monarchie ausgehenden Anträge auch zunächst noch kein praktisches Ergebnis erzielt, so haben wir doch den Blick unausgesetzt auf die weitere Gestaltung der Dinge in ihrem raschen Verlauf zu richten und dabei nicht zu veräumen, was ihnen gegenüber erforderlich erscheint. Wir sind stets bereit zu einer Tat der Versöhnung und Gerechtigkeit. (Zwischenrufe.) Während dem gilt es, in mancher Richtung die künftige Gestaltung vorzubereiten, welche sich auf den Trümmern der vom Kriege heimgesuchten Welt erheben wird.

Eines der wichtigsten Probleme dieser Art liegt in der polnischen Frage vor. Heute ist der polnische Staat bereits auf die Zwei-Kaiser-Proklamation vom 6. November 1916 aufgebaut. Seine selbständige Repräsentanz verhandelt gleichberechtigt mit den Vertretern der Mittelmächte (Zwischenrufe bei den Czeken und Ukrainern) und Polen ist im vollen Begriff, sich als unabhängiger Faktor in der politischen Welt Europas zu etablieren. Ohne irgendwie auf die im Befreiungswerk vollbrachten Leistungen zu pochen, werden wir jene Fragen, die sich aus den Nachbarverhältnissen ergeben, im Wege von Verhandlungen und durch wechselseitige freundliche Vereinwilligkeit lösen. Wie Polen aber die endgültige Gestaltung seiner Staatlichkeit einrichten will, das bleibt seiner freien Selbstbestimmung überlassen. (Zwischenrufe.) Daß es in Polen selbst mächtige Strömungen gibt, die die Realisierung des Unabhängigkeitsgedankens in der Form eines engeren Anschlusses an die Monarchie wünschen, ist bekannt und wenn wir auf österreichischer Seite solchen Bestrebungen sympathisch gegenüberstehen und durch unser Entgegenkommen die Wege zu erleichtern trachten, so kann uns dieses ja wohl nicht verargt werden. Das leiseste Anklingen eines Einverleibungstitels liegt uns ebenso fern wie der Versuch einer Skapitulation. (Zwischenrufe bei den Czeken und Ukrainern.) Wir achten die freie Selbstbestimmung der Polen unbedingt und wir verlangen nur, daß sie von anderer Seite auch dann geachtet werde, wenn sie in einem für uns günstigen Sinne ausfallen sollte.

Aber auch die Verhältnisse Bosniens und der Herzegovina zählen zu jenen, deren künftige Ausgestaltung schon heute Sorgfalt und Aufmerksamkeit erheischt. (Abg. Soukup: Was macht Tisza in Bosnien? Zwischenrufe bei den Czeken und Südslaven.) Bosnien, das durch unsere beharrliche Arbeit den Segnungen der Kultur erschlossen worden ist, ist unser Land geworden durch die Erfüllung einer von ganz Europa uns übertragenen Mission, durch den erhabensten Rechtstitel, den die Völkergemeinschaft anerkennt. Wir wollen und werden es auch weiterhin als Glied der Monarchie betrachten. Damit treten wir nun allerdings an ein weiteres Problem, welches sich innerhalb des Rahmens der Monarchie abspielt. Durch den Berliner Kongreß und durch die Okkupation sind diese Länder in ein äußeres Verhältnis zur Monarchie getreten. Aber ihre Angliederung war gewissermaßen eine amorphe. Auch die staatsrechtliche Konstruktion, die durch das sogenannte Verwaltungsgezet vom Jahre 1880 geschaffen wurde, half darüber nicht hinweg. Es wurden allerdings Einrichtungen getroffen, die, wenn die dauernde Zugehörigkeit zur Monarchie nicht von allen Staaten bestimmt vorausgesetzt worden wäre, gar keinen Sinn gehabt hätten, aber im formalen Aufbau wurde jedoch

bis zu einem gewissen Grade an der Verwaltung „mandatario nomine“ festgehalten und so trat ein Rechtsproblem ins Leben, das zwar einen äußeren Zusammenhang sicherte, aber das innere Zusammenwachsen und Verschmelzen nicht förderte. Die bekannten Verhältnisse zu Anfang des Jahrhunderts führten dann zur sogenannten Annexion, d. h., es wurde ein Zustand, an dessen Legitimität ohnehin kein Mensch zweifelte, auch förmlich in diesem Sinne dekretiert und mit formellen Kantelen umgeben. So wenig sich dabei etwas nach außen änderte, so wenig änderte sich auch etwas nach innen. Bosnien und die Herzegovina wurden weder ein Stück Österreichs, noch ein Stück Ungarns, noch ein Reichsland, was es nach der dualistischen Form auch gar nicht werden konnte. Es wurde ein integrierender, untrennbarer Teil Österreich-Ungarns und blieb doch ein staatsrechtlich undefinierbares Neutrum. Unsere gärende Zeit fordert auch hier volle Klarheit und bleibende Ordnung. Aber deren Methode muß eine Einigung erzielt werden. Gerade in den jüngsten Tagen ist das Interesse daran in der Öffentlichkeit lebhaft angeregt worden und es wird begreiflich erscheinen, wenn ich die grundlegenden Gesichtspunkte, von welchen sich die österreichische Regierung dabei leiten läßt, vor diesem hohen Hause erörtere.

Uns liegt es fern, unser gutes Recht auf diese Länder preiszugeben oder einzutauschen gegen Hoffnungen auf einen sonstwo erreichbaren Nachschuß. Wir haben ehrlich mitgearbeitet für die Entwicklung jener Länder, wir haben die Stürme der Annexionskrise mitgetragen, wir haben im Weltkrieg wahrlich unser Teil geleistet und die Grenzen Bosniens und der Herzegovina mitverteidigt wie unsere eigenen. Wie haben mit vollem Recht unsere unbestrittenen Ansprüche auch in unsere wirtschaftlichen Besprechungen einbezogen. Wir fassen das Problem von seiner inneren Seite auf und legen uns die Frage vor: Wie wird in Zukunft sowohl das Interesse der Bevölkerung wie jenes der Monarchie am besten gewahrt sein? (Zwischenrufe links.) Und da drängt sich uns der Gedanke auf, daß die historische Entwicklung, welche zwischen Bosnien Kroatien und Dalmatien staatsrechtliche Grenzen gezogen hat, nicht mehr den berechtigten Forderungen der Bewohner dieser Länder entspricht, daß da ein Vereinheitlichungs- und Vereinigungsprozeß im Gange ist, welchen aufzuhalten nicht Beruf Österreichs sein kann. Die Lösung des bosnischen Problems wird nur eine natürliche sein dürfen. Auch auf diesem Gebiete müssen wir uns vor allem von der Rücksicht auf die legitimen Interessen der in Betracht kommenden Volksstämme leiten lassen. Aus einem Zusammenwirken und Einvernehmen ihrer Selbstbestimmung muß auch hier das Ergebnis herauswachsen. Damit ist nun allerdings zunächst nur ein Rahmen gegeben, in welchen verschiedene Bilder eingefügt werden können. Aber an diesem Rahmen müssen wir unbedingt festhalten. Wir müssen dabei das österreichische Interesse wahrnehmen. Es ist zu viel österreichische Arbeit für die wirtschaftliche und kulturelle Belebung jener Gebiete angewendet worden, zu viel kostbares österreichisches Blut für ihre Verteidigung vergossen worden, zu viele ehrenvolle Erinnerungen und ernstliche Bestrebungen knüpfen sich daran, daß der Gedanke an einen Verzicht in unseren Gesichtskreis sich leichtem Eintritt verschaffen könnte. (Zwischenrufe und Unterbrechung des Abg. Soukup. Der Präsident gibt wiederholt das Glockenzeichen und ersucht um Ruhe.) Der Ministerpräsident: Wir müssen also Sicherungen erhalten, daß uns auf diese Weise kein Schaden, kein Entgang erwächst, daß unsere wirtschaftliche Stellung voll und ganz und wirksam gewahrt wird. Das ist selbstverständlich und unbestreitbar. Niemand könnte uns zwingen, auf unser Recht zu verzichten. Das geht nur im Weg von Verhandlungen und dabei werden wir unseren Standpunkt einzunehmen und durchzuführen wissen. (Zustimmung links.) Wir vertreten aber auch heute einen Anteil im Interesse der Gesamtmonarchie hinsichtlich jener Länder. Wir sind Mitgaranten dieses Interesses. Wenn wir nun auf diese Stellung als Garanten verzichten würden, müssen wir uns mindestens dessen versichern, daß solche Einrichtungen getroffen werden, wie sie den Bedürfnissen der Monarchie entsprechen. (Zwischenrufe.) Die Angliederung an Kroatien, Slavonien und allenfalls auch die Verbindung mit Dalmatien wäre ein solcher Weg. Daß es sich einweilen nur um vorbereitende Schritte handelt, daß die Regierungen nur eine Grundlage für die legislative Feststellung zu ermitteln suchen und daß das entscheidende Wort ausschließlich die Gesetzgebungen zu sprechen haben, ist selbstverständlich. Der Schlußfassung des hohen Hauses kann somit in keiner Weise vorgegriffen werden. Unter allen Umständen muß daran festgehalten werden, daß nur eine solche Lösung in Betracht kommen kann, die auf verfassungsmäßigem Wege erfolgt und der Selbstbestimmung der Völker entspricht, deren Intentionen die Regierung auch auf das gewissenhaft-

teste zu ermitteln und wahrzunehmen trachtet, die aber doch schließlich nur im Wege der berufenen Vertretungskörper entscheidend und abschließend zur Geltung zu kommen vermag.

Meine Herren! Gestatten Sie mir, daß ich von diesen Problemen weg Ihre Aufmerksamkeit auf die unmittelbar aktuellen Fragen lenke. (Unhaltende Zwischenrufe bei den Czechen. Ruf: Was ist mit der böhmischen Frage?) Unter den Aufgaben der Gesetzgebung, die an das hohe Haus herantreten, stehen im künftigen Sessionsabschnitt die finanziellen in erster Linie. Der oberste Grundsatz einer ordentlichen Finanzgebarung, daß die laufenden dauernden Ausgaben einschließlich des Aufwandes für den Schuldendienst durch die dauernden Einnahmen gedeckt werden müssen, besteht für die Kriegszeit eben so wie im Frieden. Schon die vorhergehende Regierung hat dem durch die Einbringung einer Reihe von Steuerentwürfen Rechnung getragen, die zum Teil bald seit Jahresfrist dem hohen Hause vorliegen. Ich kann nicht dringend genug bitten, diese Vorlagen möglichst bald zu verabschieden. — Der Ministerpräsident verweist auf die vom Finanzminister angekündigten neuen Steuervorlagen, die dem Hause in Bälde zukommen werden. Hinsichtlich der Vorlage einer fortlaufenden Vermögenssteuer bemerkt der Ministerpräsident, daß dieselbe eine Ergänzungssteuer unserer Einkommensteuer werden soll, zugleich aber soll sie etwas nachholen, was uns fehlt, indem sie die Grundlage zu Maßnahmen schafft, die das Vermögen zum Maßstabe nehmen muß. Die Regierung plant, eine solche schon in Verbindung mit der laufenden Vermögenssteuer zu beantragen. Der Ministerpräsident richtet an das Haus den dringenden Appell, in Durchführung dieser finanziellen Aufgaben alles, was politisch trennt, möglichst rüdtreten zu lassen. Es handelt sich um Interessen nicht allein des Staates, sondern um solche eines jeden Mitbürgers. Die Regelung derselben wird uns den Weg eröffnen, jene großen Aufgaben weiter zu verfolgen, welche unausgesetzt und gebieterisch die Aufnahme in das Arbeitsprogramm des Reichsrates erheischen.

In Besprechung der Ernährungslage betont der Ministerpräsident, daß die Getreideernte im allgemeinen eine gute war und namentlich in Gerste und Hafer besser ausgefallen sei, als im vergangenen Jahre. Die Wiederherstellung der vollen Mehlaquote dürfte insofern nicht verantwortlich werden, als ein zuverlässiger Überblick über die für das gesamte Wirtschaftsjahr zur Verfügung stehenden Getreidemengen nicht gewonnen werden kann. Im allgemeinen sei das Ergebnis der Aufbringung bisher kein ungünstiges gewesen, obwohl in einzelnen Kronländern das Ergebnis hinter den berechtigten Erwartungen zurückbleibt. Hierbei zeigte es sich, daß der sich immer mehr ausbreitende Schleichhandel für die staatliche Aufbringung bereits eine ernste Gefahr geworden ist. (Lebhafte Zwischenrufe bei den Czechen und Südslaven.) So begreiflich die Bemühungen der Bevölkerung seien, sich neben und außerhalb der staatlichen Versorgung Lebensmittel zu beschaffen, so kann die Umgehung der staatlichen Wirtschaftsvorschriften in großem Umfange und in Formen, wie sie neuestens zutage getreten sind, unmöglich geduldet werden. Die Regierung war daher genötigt, energische Abwehrmaßnahmen zu treffen und die Allgemeinheit zur Mitwirkung bei der Unterdrückung dieser eminenten Gefahr aufzufordern. Nebenaktionen bestimmter Gruppen, welche eine Sonderaufbringung neben der staatlichen Aufbringung bezwecken (Hört! Hört!) und die staatliche Lebensmittelaufbringung zu untergraben drohen, wird die Regierung mit allen ihr zu Gebote stehenden Mitteln entgegenzutreten. (Lebhafter Beifall links.) Der ungünstige Ausfall der Ernte in Rumänien läßt Überschüsse aus diesem Gebiete in größerem Umfange nicht erwarten.

Mit der Ukraine wurde in der jüngsten Zeit ein neues Abkommen getroffen, in welchem die Lieferung bedeutender Mengen Nahrungsmittel für die Monarchie vorgesehen ist. In nächster Zeit kann jedoch mit nachahmlichen Zuschüssen von dort wohl kaum gerechnet werden und es kommt daher für die Deckung unseres Abganges in erster Linie Ungarn in Betracht. Die ungarische Regierung hat sich auch in dankenswerter Weise prinzipiell bereit erklärt, uns ihre Unterstützung zuteil werden zu lassen und hierbei den Wunsch ausgesprochen, daß Österreich seinerseits im Austausch Industrieartikel, und zwar die für die ungarische Landwirtschaft unentbehrlichsten Bedarfsgegenstände zur Verfügung stelle. Der baldige Abschluß dieser Verhandlungen wird es ermöglichen, einen endgültigen Versorgungsplan aufzustellen und damit hoffentlich auch die volle Mehlaquote wieder zur Geltung zu bringen. Die Regierung ist bestrebt, das Prinzip der gleichmäßigen Verteilung der Lebensmittel voll durchzuführen und insbesondere die Lebensführung jener Bevölkerungskreise zu erleichtern, in deren wirtschaftliche Verhältnisse der Krieg am empfindlichsten eingegriffen hat. Die Aktion für die Minderbemittelten wird daher unter den bisherigen Grundsätzen durch-

geführt. Maßnahmen zur Besserung der Lage des Mittelstandes sind im Zuge. Insbesondere wendet auch die Regierung einer weitgehenden und raschen Ausgestaltung von Einrichtungen zur gesicherten und regelmäßigen Versorgung der Staatsbediensteten ihr Augenmerk zu und wird auch schon in der nächsten Zeit eine bereits vorbereitete besondere Verpflegungsfürsorge für Kinder zur Durchführung bringen. Die Gesamtbeurteilung der Ernährungsfrage läßt überschwingliche Hoffnungen nicht gerechtfertigt erscheinen, aber zur Mutlosigkeit ist kein Anlaß. Jedoch müssen alle Kreise der Bevölkerung einträchtig mithelfen und den Maßnahmen der Regierung jenes Vertrauen entgegenbringen, ohne das jede Arbeit erfolglos bleiben muß.

Aber die Sorgen für die nächste Zeit dürfen wir aber nicht die Aufgaben der Zukunft vergessen. Wir können uns der Erörterung und Lösung des Autonomieproblems der Völker nicht länger entziehen. (Zwischenrufe bei den Czechen und Südslaven.) Es hieße, den historischen Werdegang unseres Staatswesens, sein Lebensprinzip und seine Mission vollkommen verkennen, wollten wir diesem Postulat entgegengetreten, ja es wäre darin keineswegs ein Festhalten an geltenden Grundsätzen, sondern geradezu ein Bruch mit der bisherigen natürlichen Entwicklung gelegen. (Zwischenrufe bei den Czechen und Südslaven. Abg. Soukup: Die Landeskommission in Prag!) Das ist eine richtige Maßnahme! (Lebhafte Zwischenrufe. Unterbrechung bei den Czechen.) Manche Ansätze einer solchen Autonomie haben sich vorbereitet und fortentwickelt. Hindernisse hat der Staat diesem historischen Prozeß wahrlich keine in den Weg gelegt, ihn vielmehr durch seine Gesetzgebung und Verwaltung teils gewähren lassen, teils gefördert, und zwar wohl in einem höheren Maße als irgend ein Staatswesen der Kulturwelt. Völkergeist hat es auch anderwärts in reicher Fülle gegeben. Nirgends aber ist der Gedanke, daß sie nicht als Machtfrage aufzufassen ist, schon seit langer Zeit so klar ausgearbeitet worden, wie in Österreich. Darum kann man sich angesichts mancher unerfreulicher Erscheinungen des öffentlichen Lebens mit einem gewissen Gefühl des Trostes und der Zuversicht sagen, daß das überaus fruchtbare Prinzip der nationalen Autonomie noch weiter ausgenutzt werden kann und daß wir daher von seiner systematischen Durchführung eine erhebliche Besserung, ja eine volle Klärung erhoffen dürfen. Die Schwierigkeit liegt wesentlich nur in der Durchführung. Die unbedenkliche Erfüllung irgendwelcher völkischen Wünsche ist an sich keineswegs ein Schritt zur nationalen Autonomie, sondern vielleicht geradezu das Gegenteil: zur nationalen Fremdherrschaft.

Der Ministerpräsident verweist diesbezüglich auf die nationalen Siedlungsverhältnisse in Österreich sowie auf die Interessen des Staates und erklärt, neben dem Gesichtspunkt der unversehrten Parität für alle Völker müsse bei allen Fragen der nationalen Autonomie auch die der Sicherung des Gemeinsamen beobachtet werden, nicht im Sinne des über den Völkern autoritativ und im eigenen Namen herrschenden Willens, sondern in dem einer die Völker umfassenden, in ihrem Interesse wirkenden und ihre Zwecke fördernden Organisation. (Zwischenrufe bei den Czechen.) Das letzte Wort der nationalen Autonomie ist bei uns noch lange nicht gesprochen worden. Es muß und soll gesprochen werden. Allerdings mit Klugheit und Energie. Aus der gemeinsamen Überzeugung heraus und im Einvernehmen mit allen beteiligten Völkern. Die Regierung wird diese große, aber aussichtsreiche Arbeit sorgfältig vorbereiten und einleiten. Ihr Ziel kann sie nur durch das Zusammenwirken aller Faktoren der Gesetzgebung erreichen. Leitender Grundsatz muß sein: allen Völkern Österreichs im Geiste der Gleichberechtigung innerhalb der durch Interessen der Gesamtheit gezogenen Schranken auf ihren Siedlungsgebieten die Selbstbestimmung in nationalen und kulturellen Angelegenheiten zu sichern. Eine solche Ordnung wird jedem Volksstamm die Gewähr bieten, daß das Gebiet, das er bewohnt, das Gepräge seiner Eigenart trage und sie wird ihn lehren, in dieser Heimat das ganze Reich zu lieben, das auch den anderen Völkern, die kräftiglich in ihm vereint sind, die Freiheit der Entwicklung verbürgt, sie alle aber durch Zusammenfassung ihrer Kräfte gegen äußere Gefahren schirmt und zugleich der Segnungen teilhaftig werden läßt, deren sie sich, zumal die kleinen Nationen, nur im Gefüge eines mächtigen Verbandes erfreuen können. Im friedlichen Wettstreit sollen Österreichs Völker fortan ihre Kräfte entfalten. Ihr Gedeihen wird den Staat neu erblühen lassen und in ihm ein Vorbild schaffen für alle Nationen, die ihr Heil in einträchtigem Zusammenleben erblicken. Nicht in der Zersplitterung und Auflösung, in Verträglichkeit und Einheit liegt unser aller Kraft und Zukunft. (Lebhafter Beifall und Handklatschen links. Lärm bei den Czechen.)

Gemäß einem Vorschlag des Präsidenten beschließt das Haus, die Debatte über die Regierungserklärung, verbunden mit der ersten Lesung der Anträge, betreffend die Friedensfrage, in der nächsten Sitzung abzuführen. Die Sitzung wird hierauf geschlossen.

Nächste Sitzung morgen.

Deutsches Reich.

Von den Kriegsschauplätzen.

Berlin, 1. Oktober. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, 1. Oktober:

Westlicher Kriegsschauplatz:

Heeresgruppe des Kronprinzen Rupprecht von Bayern:

Nähe der Küste nahmen wir bei einem erfolgreichen Vorstoß einige Hundert Belgier gefangen.

Unsere neue Front in Flandern verläuft im Zuge der in der vorjährigen Flandern-Schlacht ausgebauten rückwärtigen Stellungen von Sandzame, westlich an Mousselaere vorbei, über Lebeghem und Gheluwe nach Werbieq und dann in der Lys-Niederung nach unserer alten Stellung bei Armentières. Der Feind griff gestern nachmittags zwischen Mousselaere und Werbieq an. Er wurde vor unseren Linien abgewiesen. Neben Belgien und Engländern nahmen wir gestern auch hier Franzosen gefangen.

Vorstöße des Feindes zwischen Fleurbaix und Dulich und Teilangriffe gegen die Höhen von Fromelles und Aubers scheiterten.

Beiderseits von Cambrai setzte der Engländer tagsüber seine Angriffe fort. Am Nachmittag gelang es einer neu eingesetzten kanadischen Division, vorübergehend an Cambrai vorbei auf Namuries vorzustößen. Unter Führung des Generalleutnants Fritsch warf die in den Kämpfen zwischen Arras und Cambrai besonders bewährte württembergische 26. Reservebrigade den Feind wieder auf Tilloy zurück. Auch südlich von Cambrai haben wir unsere Stellung gegen mehrfachen Ansturm des Feindes restlos behauptet.

Heeresgruppe des Generalobersten von Boehn:

Beiderseits Le Chatelet nahm der Feind am Nachmittag seine Angriffe zwischen Venbhuille und Zoucourt wieder auf. Auch südlich von Zoucourt und südlich der Somme entwickelten sich am Abend heftige Kämpfe. Die Angriffe des Feindes wurden überall abgewiesen.

Heeresgruppe des Deutschen Kronprinzen:

Gegen unsere Linien zwischen Nisne und Vesle und über die Vesle zwischen Vrenil und Juchery richtete der Franzose heftige Angriffe. Trotz mehrmaligen Ansturmes sind sie bis auf einen Teilerfolg, der den Feind auf die Höhen nördlich von Vrenil führte, gescheitert.

In der Champagne beschränkte sich der Feind auf Teilangriffe östlich der Snipies bei Ste. Marie a Py, nördlich von Somme Py und gegen unsere neuen Linien, die wir in der Nacht nördlich von Mare und Marvaux bezogen hatten. Sie wurden abgewiesen. Bei Ste. Marie a Py nahmen wir hierbei zwei französische Kompanien gefangen.

Mit starken Kräften griffen die Amerikaner östlich von den Argonnen an. Brennpunkte des Kampfes waren wieder Apremont und der Wald von Montrebeau. Wir schlugen den Feind überall zurück. Er erlitt auch gestern wieder sehr schwere Verluste.

Heeresgruppe des Generalobersten von Gallwitz:

An dem westlichen Maasufer bleibt die Gefechts-tätigkeit auf Störungsebene beschränkt.

Zufanterie, Pioniere und Artillerie haben an der Vernichtung zahlreicher feindlicher Panzerwagen gleichen Anteil. In den letzten Kämpfen taten sich besonders hervor: die Leutnants Schling und Burmeister vom Ref. 90, die Vizelfeldwebel Zollmann vom Garbe-Ref. Schützenbataillon und Rangonh vom Ref. 27, die Leutnants Koibl vom J. 10, Schrepler vom J. 74, Nibelze vom J. 108, Payer und Bräuer vom Ref. 241, Berninghaus vom Ref. 63 und Unteroffizier Thele vom J. 10.

Der Erste Generalquartiermeister:
von Ludendorff.

Berlin, 1. Oktober. (Amtlich.) Großes Hauptquartier, 1. Oktober, abends:

Heftige Angriffe des Feindes in Flandern, beiderseits von Cambrai und in der Champagne wurden abgewiesen.

Die Parlamentarisierung.

Berlin, 1. Oktober. Sollte Vizkanzler v. Bahr die Übernahme der Kanzlerschaft ablehnen, so käme dem „Lokalanzeiger“ zufolge Prinz Max von Baden oder der Staatssekretär Dr. Solf in Betracht. Wie ferner gemeldet wurde, dürfte kein Koalitionsministerium, sondern ein Mehrheitskabinett zustande kommen, wobei nur fraglich ist, ob die Nationalliberalen teilnehmen oder nicht. Wie die „Westfälische Zeitung“ meldet, wären sie hierzu bereit, wenn in der Formulierung des politischen Programmes Innenkonzeptionen, betreffend die Auffassung des Dresdener Friedens in der Richtung gemacht würden, daß an Stelle der von den Sozialdemokraten geforderten Revision des Dresdener Friedens seine Definition als eines Rahmenfriedens ge-

seht würde. Alle von den Blättern bisher genannten Namen von Parlamentariern, die als Staatssekretäre in Betracht kämen, wie die Zentrumsabgeordneten Erzberger und Frh. v. Rechenberg, die Sozialdemokraten Ebert und Legien und der Fortschrittler Fischel beruhen auf Kombinationen. In parlamentarischen Kreisen wird angenommen, daß der Reichstag am nächsten Dienstag zusammentreten werde, um das Programm der neuen Regierung entgegenzunehmen.

Der zweite russische Goldtransport nach Deutschland.

Berlin, 1. Oktober. Dem Vernehmen nach ist der zweite Goldtransport aus Rußland an der Grenze eingetroffen und von Beamten der Deutschen Reichsbank übernommen worden.

Italien.

Eine Epidemie in Padua.

Lugano, 30. September. Aus Padua wird gemeldet, daß dort eine Epidemie Tausende von Todesopfern forderte.

Der Seefriede.

Neue U-Booterfolge.

Berlin, 1. Oktober. (Amlich.) Im Sperrgebiet um England haben unsere U-Boote 15.000 Bruttoregistertonnen Schiffsraum versenkt.

Der Chef des Admiralstabes der Marine.

England.

Die Kriegsberichte.

London, 30. September. Eine Marinedivision und die kanadischen Truppen kämpfen innerhalb der letzten Vorstädte von Cambrai. Wir machten in drei Tagen 16.000 Gefangene und erbeuteten 300 Geschütze.

London, 29. September. Amtlicher Bericht aus Palästina: Die Gesamtzahl der bis 27. September gemachten Gefangenen beläuft sich auf 50.000, die der erbeuteten Geschütze auf 325.

Bulgarien.

Eröffnung der außerordentlichen Session des Sobranje.

Sofia, 30. September. (Meldung der bulgarischen Telegraphenagentur.) Ministerpräsident Malinov eröffnete heute die außerordentliche Session des Sobranje mit folgender im Namen des Königs verlesenen Thronrede: „Meine Herren! Die allgemeine Lage des Landes und die besondere Sorge, deren es bedarf, um die zahlreichen Bedürfnisse der Armee zu befriedigen, die heldenhaft ihre Pflicht erfüllt hat, haben im Mai dieses Jahres die Bildung der gegenwärtigen Regierung notwendig gemacht. Meine Herren! Die öffentliche Meinung designierte und von meinem Vertrauen getragene Regierung hat während des kurzen Zeitraumes, während dessen sie die Geschäfte des Landes führte, alles getan, was die Umstände ihr gestatteten, um die zahlreichen und schweren Probleme zu lösen, die die durch eine Reihe von Kriegsjahren geschaffene Lage ihr gestellt hat. Meine Herren! Von der größten Loyalität gegen unsere Verbündeten erfüllt, hatten ich und meine Regierung nichts anderes im Auge, als unsere Pflicht gegen das

Vaterland zu erfüllen und ihm sowie unseren tapferen Truppen die Möglichkeit zu geben, zu einem ehrenvollen Frieden zu gelangen, entsprechend den schmerzlichen Opfern, die das Volk zur Erringung seiner Einheit auf sich genommen hat. In diesem Sinne wurde getan, was möglich war. Schließlich hat meine Regierung nach reiflicher Erwägung der Lage beschlossen, unseren zahlreichen Gegnern den Vorschlag zu machen, in Verhandlungen wegen Abschluß eines Waffenstillstandes und eventuell eines Friedens einzutreten. Meine Herren! Die Regierung, die die geschaffene Lage und die Fülle der Fragen vor Augen hat, welche diese aufgeworfen hat und noch aufwerfen kann, hat beschlossen, die Nationalversammlung zu einer außerordentlichen Tagung einzuberufen. Es versteht sich von selbst, daß dies nicht ausschließt, daß die Nationalversammlung in dieser außerordentlichen Tagung sich mit anderen Angelegenheiten beschäftigen können, die durch die Notwendigkeiten der gewöhnlichen, regelmäßigen Verwaltung sich aufdrängen würden. Meine Herren! In der Überzeugung, daß Sie bei Ihren Beratungen und Entschlüssen Ihre Geschicklichkeit, Weisheit und patriotische Gesinnung an den Tag legen werden, die der gegenwärtigen Augenblick erfordert, flehe ich den Segen des Allmächtigen auf Ihre Arbeiten herab und erkläre die vierte außerordentliche Session der 17. ordentlichen Nationalversammlung für eröffnet. Es lebe Bulgarien!“ (Lang anhaltender Beifall.) — Nach Verlesung der Thronrede erfolgte die übliche kurze gottesdienstliche Handlung, worauf Ministerpräsident Malinov vorschlug, daß das Sobranje sich bis Freitag vertagen möge, damit er vor den Vertretern der Nation eine erschöpfende Darstellung über die allgemeine Lage und namentlich über die behufs Abschluß eines Waffenstillstandes und eines Friedens eingeleiteten Verhandlungen geben könne. — Die Versammlung nahm diesen Vorschlag an, worauf die Sitzung geschlossen wurde.

Einstellung der militärischen Operationen.

Sofia, 1. Oktober. Bericht des bulgarischen Generalstabes über die Operationen am 30. September: Gemäß den Bestimmungen des abgeschlossenen Waffenstillstandes sind die militärischen Operationen von heute an eingestellt.

Ankündigung der Zurückziehung der deutschen Truppen aus Bulgarien.

Berlin, 1. Oktober. Zu der Nachricht von der Unterzeichnung des bulgarischen Waffenstillstandsvertrages schreibt der „Völkische Beobachter“: Daß Bulgarien, wenn es aufhört, unser Bundesgenosse zu sein, auf keinerlei Rücksichten unsererseits mehr zu rechnen hat, versteht sich von selbst. Andererseits werden wir auch die Möglichkeit ins Auge zu fassen haben, unsere auf bulgarischem Boden stehenden Truppen im Laufe der Zeit langsam aus dem Lande herauszuziehen.

Kämpfe mit Deserturen.

Sofia, 30. September. Die gegen Sofia vordringenden Deserture sind von den Regierungstruppen bis Vrabaja im Vitoz-Defile zurückgedrängt worden. Um die Hauptstadt besteht keine Gefahr.

Die Haltung der Bauernpartei.

Sofia, 1. Oktober. (Agentur.) Die parlamentarische Gruppe der Bauernpartei, deren beide gesonderten

Fractionen sich soeben von neuem geeinigt haben, hielt gestern eine Versammlung ab, die der Beratung über die Lage gewidmet war. Die Partei beschloß, mit allen ihren Kräften auf eine Konsolidierung der Front (?) und die Aufrechterhaltung der Ruhe im Lande sowie darauf hinzuwirken, daß sich alle guten Patrioten um die Regierung scharen, wobei die Partei im Einvernehmen mit allen anderen politischen Gruppen, die die gleichen Anschauungen hegen, vorgehen wird.

Nach Schluß des Blattes eingelangt.

Wien, 2. Oktober. Seine Majestät der Kaiser hat sich gestern abends von Reichenau nach Baden begeben und hat dort den Chef des Generalstabes Freiherrn von Arz empfangen. Der Kaiser fuhr dann nach Wien und empfing in der Hofburg den Minister des Äußern Grafen Burian und den Ministerpräsidenten Dr. Freiherrn von Saffarek in besonderer Audienz.

Berlin, 1. Oktober. Im „Vorwärts“ vom 1. Oktober schreibt Kriegsberichterstatter Köster: Der gestrige schwere Tag hat die Deutschen militärisch auf die härteste Probe gestellt. Die Tatsache, daß sie an den meisten Fronten rückwärtige Stellungen bezogen haben, ist nicht maßgebend für die Beurteilung des Endausganges, ebenso wenig wie die Zahl der vom Feinde gemeldeten Gefangenen, die zur Größe der Schlacht durchaus in einem normalen Verhältnis steht. Die Schlacht ist noch nicht zu Ende. Die Hauptlinie ist und bleibt, ob und daß die lebendige Widerstandslinie der deutschen Front so lange hält, bis der Gegner einzieht, daß die deutsche Front unzerstörbar bleibt und daß unser Abwehrwille durch drohende Gefahren nur gekräftigt werden kann.

Lemberg, 1. Oktober. Der polnische Historiker und Schriftsteller Ludwig Kubala, dessen 80. Geburtstag vor einem Monat Anlaß zu zahlreichen Ehrungen gab, ist heute hier gestorben.

Approvisionierungsangelegenheiten.

— (Die Zuderverkäufer) mögen sich zuverlässlich morgen in der Zuderkentrale beim Herrn Direktor Lilleg wegen der Zuderaufweisungen einfinden.

— (Fleischabgabe.) Das Fleisch wird von den hiesigen Fleischhauern morgen abgegeben werden.

— (Fleischabgabe auf die grünen Legitimationen B.) Parteien mit den grünen Legitimationen B erhalten heute und morgen in der Josefikirche Fleisch in folgender Ordnung: heute nachmittags von 2 bis halb 3 Uhr Nr. 1—200, von halb 3 bis 3 Uhr Nr. 201 bis 400, von 3 bis halb 4 Uhr Nr. 401—600, von halb 4 bis 4 Uhr Nr. 601—800, von 4 bis halb 5 Uhr Nr. 801—1000, von halb 5 bis 5 Uhr Nr. 1001—1200, von 5 bis halb 6 Uhr Nr. 1201—1400, von halb 6 bis 6 Uhr Nr. 1401—1600; morgen vormittags von 8 bis halb 9 Uhr Nr. 1601—1800, von halb 9 bis 9 Uhr Nr. 1801—2000, von 9 bis halb 10 Uhr Nr. 2001 bis 2200, von halb 10 bis 10 Uhr Nr. 2201 bis zum Ende. Auf jede Person entfallen zehn Defagramm, das Kilogramm kostet 2 K 80 h.

— (Leber für die Zivilbevölkerung.) Wie die „Zeit“ meldet, hat das Kriegsministerium weitere 100.000 Kilogramm Leber für den Zivilbedarf freigegeben. In der Folge wird das Kriegsministerium allmonatlich die Lebermenge festsetzen, die es für den Zivilbedarf abtreten kann. Hierdurch könnten die Volksschuhreparaturen in den kommenden Wintermonaten sichergestellt werden.

Verantwortlicher Redakteur: Anton Juntel.

3 31 495.

Auszug

3068

über den Stand der im Lande Krain nach den am 28. September 1918 vorliegenden Berichten der politischen Bezirksbehörden herrschenden Epizootien.

Not: Im Bezirke Laibach-Umgebung: in der Gemeinde Zwischenwässern (1 Ort).

Räude der Pferde: Im Bezirke Adelsberg: in den Gemeinden Dornegg (1 Ort), Hrenowiz (2 Orte), Slavina (2 Orte); im Bezirke Krainburg: in den Gemeinden Bischof-lad (1 Ort), Hladnig (1 Ort), Prebassel (1 Ort), St. Georgen (1 Ort), Strazisce (1 Ort), Jarz (1 Ort), Birkach (2 Orte); im Bezirke Laibach-Umgebung: in den Gemeinden Bobgorica (1 Ort), Obersista (1 Ort), Zwischenwässern (1 Ort); im Bezirke Littai: in den Gemeinden Vittai (1 Ort), Moravce (1 Ort), Praprce (1 Ort), Roßbüchel (1 Ort), Sagor (1 Ort), Zaljna (1 Ort); im Bezirke Loitsch: in den Gemeinden Ober-Loitsch (1 Ort), Bigann (1 Ort); im Bezirke Radmannsdorf: in den Gemeinden Gbrjach (2 Orte), Ob-siste (1 Ort); in der Stadt Laibach: (1 Gehöft).

Schweinepeste: im Bezirke Laibach-Umgebung: in der Gemeinde Obersista (1 Ort); im Bezirke Rudolfswert: in der Gemeinde St. Michael-Stopitsch (1 Ort).

Notlauf der Schweine: im Bezirke Laibach-Umgebung: in der Gemeinde Dobrunje (1 Ort); im Bezirke Littai: in den Gemeinden Großpreze (1 Ort), St. Beit (1 Ort); im Bezirke Tschernembl: in der Gemeinde Kälbersberg (1 Ort); in der Stadt Laibach: in 1 Gehöft.

K. k. Landesregierung für Krain.

Laibach, am 28. September 1918.

Statt jeder besonderen Anzeige.



Im tiefsten Schmerze gebe ich die traurige Nachricht, daß meine heißgeliebte, engelsgute Schwester

Amalie

heute um 8 Uhr früh nach langen, schmerzvollen Leiden, versehen mit den heil. Sterbesakramenten, sanft entschlafen ist.

Die teure Dahingeschiedene wird Donnerstag den 3. d. M. um 4 Uhr nachmittags vom Trauerhause, Erjavecstraße Nr. 4, aus auf den Friedhof zum Heil. Kreuz überführt und dort im eigenen Grabe zur letzten Ruhe gebettet.

Die heil. Seelenmessen werden in mehreren Kirchen gelesen werden.

Laibach, am 1. Oktober 1918.

Olga Marinschek.

Städtische Bestattungsanstalt in Laibach.

